Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Ins.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
in Alt-Leipzig, incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Einzelne Nrn. 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.,
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 200. **Sonntag** den 19. Juli 1891. **85. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,
die Submissionen bei der Andreaskirche betr.

Die unberücksichtigt gebliebenen Herren Submittenten benachrichtigen wir hierdurch, daß wir sie von ihren eingereichten Offerten für entbunden halten.

Leipzig, den 18. Juli 1891.

Der Kirchenvorstand der Andreasgemeinde.
Dr. ph. Schumann, Pf.

Bekanntmachung,
die in Alt-Leipzig, Leipzig-Reudnitz und Leipzig-Anger-Crottendorf untergebrachten Ziehkinder betr.

Freitag, den 24. Juli 1891,
Nachmittags 2 Uhr

soll im

Kaisersaale der Centralhalle zu Leipzig
die ärztliche Untersuchung aller bei fremden Personen in Alt-Leipzig, Leipzig-Reudnitz und Leipzig-Anger-Crottendorf gegen ein festgesetztes Ziehgeld untergebrachten, noch nicht schulpflichtigen außerehelichen Kinder stattfinden.

Die Ziehmütter, welche in der Lage sein müssen, über Namen, Geburtsort und Alter der außerehelichen Eltern, sowie des Kindes selbst, bezüglich der Eltern auch über deren Stand Auskunft zu geben, werden hierdurch aufgefordert, jene Kinder am eingangserwähnten Tage dem Ziehkinderarzte, Herrn Dr. med. Taube, unter Vorzeigung des Controlbuches vorzuführen.

Unentschuldigtes Außenbleiben verwirkt unnachsichtlich die Berechtigung zum Halten von Ziehkindern.

Leipzig, den 14. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Hentschel. Hfr.

Bekanntmachung.

Die **Herstellung** einer **Schleuße III. Classe** in der **Eisenbahn-Straße** in Leipzig-Sellerhausen, von der Flurgrenze mit Leipzig-Volkmarsdorf bis und mit der Kreuzung der **Baumann-Straße**, soll an einen Unternehmer verdungen werden.

Die Bedingungen und Zeichnung für diese Arbeiten liegen in unserer Tiefbau-Verwaltung, Rathhaus, 2. Stockwerk, Zimmer Nr. 14, aus und können daselbst eingesehen oder gegen Entrichtung der Gebühren im Betrage von 50 ₰, welche event. in Briefmarken einzusenden sind, entnommen werden.

Bezügliche Angebote sind versiegelt und mit der Aufschrift:
„Schleuße in der Eisenbahn-Straße"
versehen ebendaselbst, und zwar bis zum 30. lauf. Monats, Nachmittags 5 Uhr einzureichen.

Der Rath behält sich das Recht vor, sämmtliche Angebote abzulehnen.

Leipzig, den 16. Juli 1891.

Des Raths der Stadt Leipzig
Ic. 3648. **Straßenbau-Deputation.**

Bekanntmachung.

Die **Maurer-, Steinmetz- und Zimmerarbeiten** zu einem Schulneubau und einem Turnhallenneubau der 15. Bezirksschule in Leipzig-Sellerhausen sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Kostenanschlags-Formulare und Bedingungen zu vorbezeichneten Arbeiten können bei unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, gegen Bezahlung von 2 ℳ 50 ₰ für Maurerarbeiten, 1 ℳ 50 ₰ für Zimmerarbeiten und 1 ℳ für Steinmetzarbeiten entnommen werden, und sind bis zum 28. dieses Monats, Nachmittags 5 Uhr in verschlossenem Couvert ebendaselbst mit der Aufschrift: **„Maurer-, bez. Steinmetz-, bez. Zimmerarbeiten, Schule Leipzig-Sellerhausen"** abzugeben.

Jede Entschließung über Vergebung der Arbeiten behalten wir uns vor.

Leipzig, den 15. Juli 1891.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib. 3363. Dr. Tröndlin. Lohse.

Steckbrief.

Die am 7. April 1839 in Mügeln bei Oschatz geborene, zuletzt in Leipzig, Nordstraße 13, III. wohnhaft gewesene Amalie Minna verehel. Agent **Peucker** geb. **Geyler**, gegen welche das Hauptverfahren wegen Rückfalldiebstahls eröffnet worden ist, hat sich ihrer Verfolgung durch die Flucht entzogen.

Es wird ersucht, die Peucker festzunehmen und in das nächste Gerichtsgefängniß abzuliefern.

Leipzig, am 15. Juli 1891.

Königliche Staatsanwaltschaft.
Dr. Schirlitz. Fchs.

Die Interpellation Laur.

Krisen pflegen in Frankreich über Nacht zu kommen und ebenso schnell entschieden zu werden, als sie aufgetaucht sind. Die durch den Abgeordneten Laur heraufbeschworene Krisis wurde dadurch acut, daß die Kammer mit 286 gegen 203 Stimmen beschloß, in die Berathung der Interpellation wegen der Verweigerung des Paßvisums an französische Handlungsreisende einzutreten, und sie war zu Ende, als Tags darauf die Kammer mit 319 gegen 103 Stimmen in die Vertagung willigte, welche der Minister des Auswärtigen, Ribot, verlangte. Die Interpellation stützte sich auf einen Artikel des „Figaro", dessen Angaben sich als falsch erwiesen haben. Es waren darin Firmen genannt, deren Reisenden die Pässe versagt worden wären, die Firmen sind aber zu Unrecht angeführt, ihre Vertreter haben die Behauptungen des „Figaro" für falsch erklärt. Ribot tadelte deshalb mit Recht die Leichtfertigkeit, mit welcher so wichtige Fragen behandelt würden, berief sich auf die Friedlichkeit der Regierungspolitik und verlangte Vertrauen, wenn er die Verhandlung einer auf auswärtige Angelegenheiten bezüglichen Frage für schädlich erkläre. Die Kammer entsprach dem Verlangen Ribot's, und damit war der Zwischenfall zu Ende.

Natürlich stand wieder Clemenceau hinter Laur, der niemals fehlt, wenn es sich um den Sturz einer bestehenden Regierung handelt. Er führte in seiner „Justice" aus, daß die Franzosen gleich den anderen civilisirten Nationen das Recht hätten und die Pflicht, sich über die Behandlung ihrer Landsleute Aufklärung zu verschaffen, man dürfe deshalb den Franzosen nicht vorwerfen, daß sie böswillig Streit suchen. Um so richtiger haben die beiden maßgebenden Blätter der gemäßigten Republikaner, das „Journal des Débats" und der „Temps", die Lage erfaßt und ihre Landsleute vor unüberlegten Schritten gewarnt. Besonders zeitgemäß erscheint, was der „Temps" sagt: „Soll man glauben, daß einige Lärmmacher die wahren Vertreter der öffentlichen Meinung Frankreichs sind?"

Diese unruhigen Geister sind bekannt, sie erscheinen stets auf der Bühne, wenn sich Veränderungen in der politischen Lage vorbereiten, wenn Minister zu stürzen oder Gefahren für Ruhe und Ordnung auf die Spitze zu treiben sind. Es waren dieselben Leute, welche während der Anwesenheit der Kaiserin Friedrich in Paris eine große allgemeine Erregung verursachten und dadurch zeitweise den Frieden in Frage stellten. Das ist eben das Bedenkliche an den von Zeit zu Zeit in Frankreich hervortretenden Bestrebungen, den Frieden zu stören, daß die gewerbsmäßigen Scandalmacher Anklang finden und daß es ihnen gelingt, Abstimmungen zu Stande zu bringen, welche nicht nur die bestehende Regierung zum Rücktritt nöthigen, sondern auch den Frieden thatsächlich in Frage stellen. Mit einem Gleichmuth, als ob es sich um die geringfügigste Sache handelte, hat die französische Kammer am 16. Juli eine Entscheidung getroffen, welche fast einer Kriegserklärung gleich kam. Das flößt allerdings, wie das „Journal des Débats" bemerkt, Besorgnisse für die Zukunft ein. Wenn eine falsche Zeitungsnachricht genügt, um den europäischen Frieden in Gefahr zu bringen, was kann man von einer solchen Volksvertretung erwarten, welches Vertrauen soll man auf sie setzen?

Es hat sich in neuester Zeit viel Zündstoff angesammelt, und zwei Thatsachen waren es besonders, welche in Frankreich großen Eindruck gemacht haben: die Erneuerung des Dreibundes und die Annäherung Englands an diesen Bund. Es gab Leute in Frankreich, welche es für möglich hielten, daß Italien aus dem Dreibund austreten und daß England eine Frankreich günstige Neutralität beobachten werde. In beiden Annahmen haben sich die französischen Politiker, welche auf Eröffnung des Revanchefeldzuges bedacht sind, getäuscht, die Kräfte, welche die Aufrechthaltung des Friedens verbürgen, sind in der Zunahme begriffen, die Kriegshetzer verlieren mehr und mehr an Boden. Das ist wohl die eigentliche Bedeutung der Abstimmung vom 16. Juli, daß der auf Krieg sinnende Theil der Franzosen durch die Ereignisse der letzten Wochen zu der Ueberzeugung von der Vergeblichkeit seiner Bemühungen gelangt ist. Der „Temps" giebt dazu einen treffenden Commentar, indem er auf die Friedlichkeit der gegenwärtigen europäischen Lage hinweist und das Säbelrasseln für gefährlich und aussichtslos erklärt. Man kann daraus mittelbar entnehmen, daß selbst das Bündniß Frankreichs mit Rußland noch des Abschlusses harrt, oder daß doch auf Seiten Rußlands keine Neigung vorhanden ist, eine Friedensstörung zu wagen, in einem Augenblick, in welchem die Bürgschaften für die Bewahrung des Friedens so erheblich verstärkt worden sind. Die Vorgänge in der französischen Kammer haben einen tiefen Einblick in die politische Gesammtlage, wie sie der dem Dreibund feindlichen Seite erscheint, gestattet, und das ist ein Gewinn, welcher die augenblickliche Beunruhigung vollständig ausgleicht. Der Nutzen der Interpellation Laur überragt den Schaden.

Es läßt sich nicht verkennen, daß die ungeheuren Rüstungen, welche Frankreich seit zwanzig Jahren betreibt, ein großes Gewicht bei allen Entscheidungen des Parlaments von Wichtigkeit ausüben. Die Bevölkerung sieht diese Rüstungen als Vorbereitung für einen großen Krieg an, welcher Frankreich den im Jahre 1870 verlorenen Einfluß auf die Geschicke Europas wieder gewinnen soll. Von den Verständigen wird anerkannt, daß diesen Rüstungen der Dreibund mit seiner Anlehnung an England ein mehr als ausreichendes Gegengewicht gegenüber steht, diese Erwägung giebt aber in der öffentlichen Meinung Frankreichs nicht den Ausschlag, sie beruft sich auf Zahlen und auf die militairische Organisation, die nach dem Ausspruch Freycinet's, des Kriegsministers, besser ist als die der übrigen Großmächte. In dieser Hochschätzung der militairischen Kräfte Frankreichs liegt offenbar eine große Gefahr für den Frieden, aber bei jeder Gelegenheit zeigt sich trotzdem die Scheu der maßgebenden Personen in Frankreich, den entscheidenden Schritt zu thun, welcher vom Frieden zum Kriege führt. Derselbe Minister, welcher in Montreuil für Mer seinem Stolz über die Macht Frankreichs Ausdruck gab und von der Einigkeit aller Parteien in der Stunde der Gefahr sprach, fühlte sich doch veranlaßt, an dem kritischen 17. Juli in der Kammer die Friedlichkeit der französischen Politik hervorzuheben und dadurch eine Abstimmung herbeizuführen, welche nicht nur das Ministerium vor dem Sturz bewahrt, sondern auch der Erhaltung des Friedens günstig ist. Freycinet ist sich auch seiner Aufgabe bewußt, Frankreich für den Krieg vorzubereiten, aber auch er scheut vor Entschlüssen zurück, welche seine Landsleute zu mißüberlegten Handlungen fortreißen könnten.

Auch bei der neuesten Krisis hat sich wieder der Unterschied zwischen Willen und Kraft gezeigt, welcher die Politik Frankreichs seit dem Frankfurter Frieden beherrscht. Wie viele Anläufe sind gemacht worden, um die Rechnung des Jahres 1870 auszugleichen, und wie vergeblich sind alle diese Anstrengungen gewesen? An Leuten, welche die Dinge auf die Spitze zu treiben suchten, hat es nie gefehlt und der leicht erregbare französische Nationalcharakter hat diesen Leuten auch vielfach seine Zustimmung gezeigt, aber die Vernunft hat bis heute noch die Oberhand behalten. Ob man daraus den Schluß ziehen darf, daß dies auch in Zukunft stets der Fall sein wird, möchten wir bezweifeln.

Leipzig, 19. Juli.

* Die Mittheilung, daß im nächsten Militairetat keine Neuforderungen von erheblichem Umfang zu erwarten sind, wird heute von der „Post" bestätigt.

* Die Vorarbeiten für ein Reichsgesetz über das Auswanderungswesen dürften ihrem Abschlusse nahe sein. Commissarische Berathungen sind zwischen den betheiligten Ressorts des Reichs und Preußens längere Zeit gepflogen worden. Es ist dabei gelungen, die in der Materie liegenden Schwierigkeiten soweit zu überwinden, daß der Entwurf eines Reichsauswanderungsgesetzes vereinbart werden konnte. Es ist daher wahrscheinlich, daß der Bundesrath nach seinem Wiederzusammentritt mit einer entsprechenden Vorlage befaßt werden wird.

* Der „Magdeburgischen Zeitung" meldet man: „Die scherzhafte Bemerkung des Finanzministers Dr. Miquel gegenüber einem Elbinger Fabrikanten, daß der Tabak noch mehr als bisher bluten müsse, wird hier und da als eine ernsthaft zu nehmende Ankündigung aufgefaßt. Wir können indessen auf Grund sorgfältiger Erkundigungen mittheilen, daß an allen in Betracht kommenden Stellen von einer geplanten Erhöhung der Tabaksteuer schlechterdings nichts bekannt ist. Es wird auch in Abrede gestellt, daß von irgend einer Seite eine dahingehende Anregung gegeben worden sei."

* Nach der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" absolvirt der Reichskanzler von Caprivi in Berlin eine Karlsbader Trinkcur. Es liegt, wie schon früher gemeldet, nicht in seiner Absicht, einen Erholungsurlaub zu nehmen. Anfang September wird der Reichskanzler bekanntlich den Kaiser zu den Manövern, zuerst nach Oesterreich und dann nach Bayern, begleiten.

* Von den 82 größeren Gütern, welche die Ansiedlungscommission in Posen und Westpreußen bis Ende 1890 erworben hat, sind jetzt 42 parcellirt und 33 vollständig oder doch zum größeren Theil mit deutschen Colonisten besetzt. Diese neuen deutschen Dörfer sind: Sablonowo im Kreise Briesen (17 Stellen), Dollnik bei Flatow (22 Stellen), Bobrowo bei Strasburg (57 Stellen), Kiewo bei Kulm (26 Stellen), Alt-Bukowitz bei Berent (35 Stellen), Groß-Jenznik bei Konitz, Niewierz bei Strasburg, Lippusch bei Berent (12 Stellen), Konarzewo, Michelsdorf (früher Michalcza), Bismarckfelde (früher Swiniary-Swinarski) und Sokolniki bei Gnesen (15, 17, 31 und 18 Stellen), Slonskowo und Gorzyczki bei Rawitsch (34 und 22 Stellen), Lubowo-Lubowko, Amielinken mit Jaroschau und Runowo bei Wongrowitz (38, 25, 25 Stellen), Zodyn bei Bomst (14 Stellen), Ustaszewo (mit 28 württembergischen Familien besetzt), Jablowo-Buschkau und Czewujewo (56 Stellen) und Zerniki bei Znin, Bogunicwo bei Obornik (22 Stellen), Wojciechowo und Lowencice bei Jarotschin (18 und 36 Stellen), Ostrowitte bei Mogilno (21 Stellen), Sadlogosch bei Schubin (24 Stellen), Wengierski und Kaczanowo bei Wreschen, Nachorin mit Lipa bei Witkowo (30 Stellen), Kobissau bei Karthaus (41 Stellen), Kujawa-Mühle (8 Stellen) bei Briesen und Kopaschin bei Wongrowitz (14 Stellen). 30 Dörfer sind mit evangelischen Deutschen und nur 3 (Sokolniki bei Gnesen, Kaczanowo bei Wreschen und Kobissau bei Karthaus) mit deutschen Katholiken besetzt. In 22 Colonien sind deutsche Schulen eingerichtet worden; wo eine Schulgründung nicht für nöthig erachtet worden ist, hat sich der Anschluß der Ansiedlerkinder an eine bestehende, ihrer Confession entsprechende deutsche Schule überall ohne Schwierigkeiten erreichen lassen. In Lubowo bei Gnesen ist die evangelische Kirche im Rohbau vollendet; ein 2. evangelisches Kirchspiel wird in Zerniki bei Znin errichtet werden. In Bobrowo wird der Gottesdienst in einem Betsaal abgehalten; weitere Betsäle werden in Jaroschau, Jablowo und Wengierski gebaut. Drei evangelische Geistliche sind in Lubowo, Rynek und Ustaszewo zur Pastorirung der Colonien in den Kreisen Wongrowitz, Znin und Briesen angestellt worden. Für das kirchliche Bedürfniß der katholischen Ansiedlungen wurde in ganz zufriedenstellender Weise gesorgt.

* In der vielbesprochenen Angelegenheit der Verantwortlichkeit des Correctors für den strafbaren Inhalt eines von ihm corrigirten Preßerzeugnisses werden jetzt in den dem „Reichsanzeiger" beiliegenden Entscheidungen des Reichsgerichts die „Gründe" bekannt gemacht. „Gegen den Mitangeklagten Wr. ist festgestellt, daß derselbe, als er im Dienst des Angeklagten Wt. seines Amtes als Corrector waltete, den Inhalt des Artikels bei dem Lesen der Correctur kennen gelernt, das heißt also, den ehrenkränkenden Inhalt des Artikels erkannt, und dennoch seine Dienste als Corrector geleistet hat. Diese Feststellungen lassen die Rüge des Mitangeklagten Wr., er habe den strafbaren Charakter der That, zu welcher er Beihilfe leistete, nicht erkannt, als hinfällig erscheinen. Auch im Uebrigen erscheint §. 49 des Strafgesetzbuchs richtig angewendet und der Begriff der Beihilfe nicht verkannt. Denn kannte Wr. die Strafbarkeit des Inhalts des Artikels, so hat er auch in bewußter Weise zur Herstellung der Druckschrift strafbaren Inhalts mitgewirkt. Daß die fragliche Druckschrift, das heißt die fragliche Zeitungsnummer mit dem von ihm corrigirten Artikel zur Veröffentlichung gelangen sollte, lag zweifellos in Absicht beider Angeklagten. Ob Wr. speciell bei der Veröffentlichung mit thätig war, ist rechtlich bedeutungslos. Hiernach mußte dem Rechtsmittel beider Beschwerdeführer der Erfolg versagt bleiben."

* Die Berliner Socialdemokraten rüsten sich jetzt schon auf die im November bevorstehenden Wahlen für die Stadtverordnetenversammlung. Der „Vorwärts" veröffentlicht bereits ein Wahltableau, die Bestimmungen über die Wahlberechtigung und Anweisungen über die Wahlagitation. Das beweist wieder, für wie wichtig und nothwendig die Socialdemokraten das Wählen halten, auch wenn es weiter kaum einen praktischen Zweck hat, als den der Agitation und der Aufrüttelung der Massen. Der „Vorwärts" bemerkt dazu: „Die fünfjährige Legislaturperiode für die Wahlen zum Reichstage, jenes Bravourstück echt Bismärckischer Staatskunst, erschwert uns die Heerschau über unsere Streitkräfte ganz wesentlich." Das ist für uns eine Anerkennung des wohlthätigen Erfolgs jener Maßregel. Sie wurde eben darum erlassen, übrigens aus der Initiative der Volksvertretung, nicht der Regierung, um dem Uebermaß an Wahlagitation und dem beständigen Heerschauhalten über die Streitkräfte ein Ende zu machen. Sie hat also nach diesem socialdemokratischen Zeugniß ihren Zweck wohl erfüllt.

* Durch Allerhöchste Ermächtigung ist der kaiserliche Statthalter Fürst Hohenlohe beauftragt, im Namen des Kaisers dem neuen Bischof Dr. Fritzen und dem Weihbischof Marbach von Straßburg den Eid der Treue und des Gehorsams abzunehmen, den die Bischöfe gemäß Bestimmung des Concordats vor ihrem Amtsantritt dem Landesherrn zu leisten haben. Zu dieser feierlichen Handlung werden sich beide Bischöfe Sonntag 12½ Uhr in das Statthalterpalais begeben.

* * *

* Die Erfolge, welche die Czechen in Böhmen in den 80er Jahren errungen haben, lassen die mährischen Czechen nicht ruhen. Schon vor vielen Jahren haben sie die Gründung einer czechischen Universität in Brünn angeregt, niemals aber ein Entgegenkommen der Regierung gefunden. Jetzt soll ein neuer Anlauf versucht werden. Die czechischen katholisch-politischen Vereine Mährens versenden an sämmtliche Pfarrer des Landes den Entwurf einer Petition an den Reichsrath um die Errichtung einer czechischen Universität in Mähren mit der Aufforderung, die Bittschrift von den Pfarrkindern unterzeichnen zu lassen. Durch Massenpetitionen hofft man mehr zu erreichen als auf dem früher eingeschlagenen Wege. Die nöthige Anzahl von czechischen Studenten würde vorhanden sein, da eine ganze Reihe deutscher oder utraquistischer Gymnasien in den letzten zwölf Jahren slawisirt worden ist.

* Ueber die Vorgänge in der französischen Deputirtenkammer am Freitag liegt folgende ausführlichere Meldung vor:

Deputirtenkammer. Berathung der Interpellation Laur über die Handhabung des Paßwesens in Elsaß-Lothringen. Im Sitzungssaale herrschte große Erregung. Alle Minister waren anwesend, die Tribünen waren vollständig besetzt. Die Discussion wurde eingeleitet von dem Minister des Aeußern Ribot, welcher erklärte, Laur habe auf Grund einiger am Sonnabend in einem Journal veröffentlichter Zeilen die in Frage stehende Interpellation eingebracht, ohne ihn vorher von dieser Absicht in Kenntniß zu setzen. Es habe sich nichts Neues zugetragen; er, der Minister, habe keinerlei Reclamationen von einem Handelshause erhalten. Ein in jener Notiz namhaft gemachter Kaufmann habe in einem Schreiben an ihn erklärt, daß die ihn betreffende Angabe des Journals falsch wäre. Schon daraus könne man sich eine Vorstellung von der Leichtfertigkeit machen, mit welcher man gewisse Fragen behandele. Die Regierung stehe diesen Fragen keineswegs gleichgiltig gegenüber, sei vielmehr bereit, wo es nöthig, die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen. Die Regierung würde ihre Pflicht zu thun wissen, wenn ihr der Nachweis geliefert wäre, daß die Franzosen nicht auf gleichem Fuße mit anderen Ausländern behandelt würden. (Beifall.) Die Gewerbesteuer, welche, wie man behaupte, den reisenden Kaufleuten auferlegt sei, würde auch von den Deutschen selbst gefordert; man müsse nicht Zeitungsgerüchte zum Vorwand nehmen, um unfruchtbare Agitationen hervorzurufen. Die Politik der Republik in Bezug auf das Ausland sei eine friedliche, aber sie vergebe sich nichts; es liege ein gewisser Stolz in dieser stillschweigenden Politik. Die Regierung kenne ihre Pflicht und müsse, um diese zu erfüllen, wissen, ob sie das Vertrauen der Kammer besitze. Wenn ein Minister des Auswärtigen erkläre, daß eine Discussion über auswärtige Angelegenheiten nicht nützlich sei, so könne man ihm Vertrauen schenken. (Beifall.) Die Regierung verlange, daß die Kammer die Interpellation Laur vertage. — Laur erklärte, es handele sich um die nationale Würde; es seien neue Thatsachen bezüglich der Handhabung des Paßwesens vorgekommen, er wolle Beispiele anführen, die Kammer möge entscheiden. — Déroulède erklärte, er habe seit 10 Monaten dem Minister Ribot die Klagen und Beschwerden der Elsaß-Lothringer und der französischen Landsleute über die Paßfrage vor Augen gehalten. Das Cabinet stehe England gegenüber mit leeren Händen, Deutschland gegenüber mit gebundenen Händen da. (Lebhafte Proteste, Lärm.) Der Minister Ribot erwiderte, derartige Angriffe berührten ihn nicht. Pichon beantragt unter lebhaftem Tumult die Berathung der Interpellation. Mit 319 gegen 103 St. wurde indessen die Vertagung derselben beschlossen. — Der „Temps" tadelt die Conservativen und Radicalen, welche gestern den Boulangisten Gefolgschaft geleistet hätten, auf das Schärfste und fragt, ob sie vielleicht glauben, Deutschland würde auch nur einen Augenblick eine Discussion über Maßnahmen betreffs Elsaß-Lothringens zulassen, nichts wäre vergeblicher, nichts gefährlicher, als bei der gegenwärtigen europäischen Lage die Säbel zu ziehen. Die gegen Frankreich coalirten Nationen betonen überall ihre friedlichen Absichten; sollen wir glauben machen, daß einige Lärmmacher die echten Vertreter der öffentlichen Meinung Frankreichs seien?

* Das Befinden des Papstes ist, wie aus Rom gemeldet wird, trotz der großen Hitze ein gutes. Während der Sommerferien werden für einige Tage in der Woche die Audienzen suspendirt. Das Unwohlsein, welches den Papst in den letzten Tagen befallen hatte, ist vollkommen gewichen.

* Nach einer Meldung der „Times" aus Bangkok hat der König von Siam den ersten Spatenstich zur Bangkok-Paknam-Eisenbahn in Gegenwart einer zahlreichen enthusiastischen Menge gemacht.

* Aus Lissabon wird vom 17. Juli gemeldet: Der Kronprinz Louis Philipp ist erkrankt.

* Aus Stockholm wird geschrieben: Die Anwesenheit des französischen Geschwaders in unserem Hafen hat die alten französischen Sympathien unseres Volkes neu geweckt. Hieraus ein Hehl machen zu wollen, wäre am verwerflichsten vom deutschen Standpuncte. Als König Oskar am Sonntag auf Schloß Drottningholm die französischen Gäste bewirthete, brachte er zwei Toaste aus, von denen der auf die französische Marine beredtes Zeugniß dafür ablegte, daß noch französisches Blut in seinen Adern fließt, denn er rühmte sich nicht nur seiner französischen Abstammung und seiner Freundschaft mit französischen Admirälen, sondern ließ der französischen Marine ein geradezu überschwengliches Lob angedeihen. Eine förmliche Franzosenbegeisterung kam aber am Montag auf Hasselbacken zum Ausdruck, wo die Spitzen der Militair- und Civilbehörden den französischen Gästen ein Fest bereitet hatten. Der frühere Finanzminister, gegenwärtige Oberstatthalter von Stockholm, Freiherr Tamm, toastete auf die französische Republik und sagte u. A., daß schon die Nachricht von dem Besuche des französischen Geschwaders in Schweden mit wirklichem Enthusiasmus aufgenommen worden sei, und daß das Entzücken der Bevölkerung in demselben Maße zugenommen habe, je näher der Tag der Ankunft gerückt sei. Jetzt, da die ersehnten Gäste anwesend, heiße er dieselben „im Namen der schwedischen Hauptstadt, im Namen aller Derjenigen willkommen, deren Herz beim Worte „la France" vor Freuden zittere!" Kronprinz Gustav war wenigstens verständig genug, sich von der Franzosenvergötterung fern zu halten.

* Aus Nischny-Nowgorod wird gemeldet: Eine außerordentliche Versammlung von Vertretern der Landstädte des Gouvernements Nischny-Nowgorod beschloß, an die Regierung das Ersuchen um ein Darlehn von 8 200 000 Rubel zwecks Beschaffung von Mitteln zur Bestellung der Felder und zur Versorgung der Bauern mit Brodkorn zu richten. Da diese Mittheilung vom officiellen Telegraphen aus Petersburg weiter verbreitet wird, so darf als feststehend angenommen werden, daß in dem genannten Gouvernement eine Mißernte und ein daraus hervorgegangener sehr hochgradiger Mangel an Saatkorn obwaltet.

* Die Rückreise des Großfürsten-Thronfolgers über Sibirien, welche bereits zu den gewöhnlichen Tagesereignissen gehört, ist, so wird der „Vossischen Zeitung" aus St. Petersburg geschrieben, wieder in den Vordergrund des öffentlichen Interesses getreten, nachdem amtlich bekannt gegeben war, daß die ursprünglich vorgesehene Reise von Tomsk nach Omsk plötzlich und gegen den Willen des Thronfolgers abgeändert worden ist. Anstatt diese Strecke, wie festgesetzt war, auf dem Landwege zurückzulegen, hat man den Wasserweg gewählt, und wenngleich dieser letztere wesentlich bequemer und minder anstrengend ist, als die Fahrt auf der holperigen und schlecht angelegten großen sibirischen Landstraße, welche von Tomsk nach Omsk führt, so macht doch die Wasserstraße einen großen Umweg, und die öden und unschönen Ufer des Flusses Ob bieten viel weniger